



# **Niederschrift**

## **Sozialausschuss**

19. Wahlperiode - 48. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. April 2020, 18:00 Uhr,  
im Rahmen einer Telefonkonferenz

**Anwesende Abgeordnete**

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Hans Hinrich Neve (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Andrea Tschacher (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

Claus Schaffer (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zum Coronavirus</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die als Telefonkonferenz durchgeführte Sitzung des Sozialausschusses um 18:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

### **1. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zum Coronavirus**

Dr. Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, berichtet die aktuellen Infektionszahlen für Schleswig-Holstein vom heutigen Tage. 1.934 Personen seien (kumuliert) positiv auf SARS-CoV-2 getestet worden. Hiervon seien 280 Personen hospitalisiert gewesen oder aktuell hospitalisiert; aktuell befänden sich 156 Personen stationär in Krankenhäusern. Aussagekräftiger als die Hospitalisierungsquote von circa 15 % sei die Inanspruchnahme von Intensivbetten, insbesondere solcher mit Beatmungsmöglichkeit. Die Hospitalisierungsquote werde im weiteren Verlauf der Pandemie seiner Auffassung nach zunehmen, so Minister Dr. Garg. 36 Personen seien bislang an einer COVID-19-Erkrankung gestorben.

Die veröffentlichten Zahlen enthielten nun auch Angaben zur Zahl der Genesenen, die auf einer Hochrechnung aufgrund der Zahlen des Robert-Koch-Institutes beruhten. Demnach seien von den 1.934 positiv getesteten Personen 1.050 genesen.

Schleswig-Holstein verfüge heute über 857 Krankenhausbetten mit der Möglichkeit invasiver Beatmung, von denen 387 Betten - 45 % - derzeit frei seien. Er warne davor, so Minister Dr. Garg, diese gering scheinende Auslastungsquote als Anlass für Entwarnung zu nehmen. Schleswig-Holstein habe vergleichsweise früh begonnen, in Absprache mit den Krankenhäusern selektive Aufnahmen von Patienten zu unterlassen. Es sei genau das Ziel des derzeitigen Herunterfahrens des öffentlichen Lebens, stationäre wie ambulante medizinische Infrastruktur auf die Herausforderungen der Coronaepidemie vorzubereiten. Es gebe zudem die Gefahr, dass das Virus in Einrichtungen der Altenpflege gelangen und dort in kürzerer Zeit ein relativ großer Personenkreis infiziert und aufgrund der Zugehörigkeit zur Risikogruppe beatmungspflichtig werde.

Die Landesregierung sehe keine Lockerung der Bestimmungen zur Kontaktsperre über die Osterfeiertage vor; die diesbezügliche Berichterstattung der Presse vom heutigen Tage sei insofern unzutreffend gewesen. Nachdem die Landesregierung ursprünglich keine Begrenzung für Familienbesuche verhängt habe, seien insbesondere in Bezug auf die Osterfeiertage

zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern bei der Landesregierung eingegangen. Daraufhin habe die Landesregierung sich entschieden, die heute kommunizierte Zehn-Personen-Regel zu verhängen, die insofern also eine Verschärfung, nicht eine Lockerung der Regelungen bedeute. Gleichzeitig richte die Landesregierung die dringende Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger, von entsprechenden Familienbesuchen - auch wenn sie nicht verboten seien - abzusehen.

Minister Dr. Garg kommt nun zur Beantwortung der vorab von den Abgeordneten vorgelegten Fragen. Zu den Testkapazitäten für Pflegekräfte in Einrichtungen der Altenpflege führt er aus, solange man auf PCR-Tests angewiesen sei, handele es sich um eine begrenzte Ressource, die in der Tat bei Patienten mit entsprechender Symptomatik, bei Kontaktpersonen von Infizierten sowie auch bei Pflegekräften, die in Einrichtungen arbeiteten, prioritär eingesetzt werde. Zudem werde hier auch das Verfahren der Pool-Testungen vorgenommen.

Sobald ein Impfstoff vorhanden sei, so Minister Dr. Garg weiter, müsse auch dieser wahrscheinlich prioritär an die vulnerablen Gruppen wie an diejenigen Personen, die im Bereich der kritischen Infrastruktur tätig seien, abgegeben werden. Die aktuelle Situation in den Heimen sei sehr unterschiedlich und reiche von nicht betroffenen Heimen bis zu Heimen, in denen Teile des Personals wie der Bewohnerinnen und Bewohner infiziert seien. Es müsse möglich sein, Neuaufnahmen in den Heimen durchzuführen, gleichzeitig aber zu verhindern, dass das Virus so in bisher nicht betroffene Einrichtungen komme und sich dort schnell verbreite.

Die Versorgung mit Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) sei für die Einrichtungen wie für Krankenhäuser, aber auch für Land und Bund eine sehr große Herausforderung. Er könne aus einer Telefonkonferenz der Gesundheitsminister der Länder, des Bundesgesundheitsministers und des für die Beschaffung bundesweit zuständigen Logistikunternehmers vom gestrigen Tage berichten, dass nach den für die nächsten zwei Wochen angekündigten Liefermengen eine Entspannung der Lage zu erwarten sei. Um die Qualität des gelieferten Materials zu überprüfen, habe der Logistikunternehmer die Zahl der Stichproben erhöht. Auch wenn hier also vorsichtiger Anlass zu Optimismus bestehe, so Minister Dr. Garg, müsse er darauf hinweisen, dass es sich zunächst nur um Ankündigungen von Liefermengen handele. Glücklicherweise habe das Land Schleswig-Holstein ein Unternehmen im Land gefunden, das durch Produktionsumstellung in der Lage sein werde, in Kürze PSA zu produzieren.

Auf eine Frage des Abg. Kalinka zu den Beschaffungsbemühungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern berichtet Minister Dr. Garg, sowohl sein Haus als auch die Staatskanzlei seien mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns diesbezüglich in Kontakt, jedoch sei auch in Mecklenburg-Vorpommern die Lage angespannt.

Zur Nachfrage des Abg. Kalinka zur regionalen Verteilung der intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten innerhalb des Landes verweist Minister Dr. Garg auf das bereits vorgestellte Cluster-Konzept. Klar sei, dass der Cluster um Lübeck und der Cluster um Kiel mit den dortigen Standorten des UKSH jeweils besser versorgt sei. Falls es einmal zu einer Überlastung eines Clusters kommen werde, so sei aber selbstverständlich auch eine Entlastung durch Abverlegung von Patienten in andere Cluster möglich.

Abg. Pauls bringt ihren Unmut über die Art und Weise der heute erfolgten Konkretisierung in Bezug auf Familienfeiern zum Ausdruck. In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger habe es sich um eine „Einladung zum Familienfest“ gehandelt, die derzeit vollkommen fehl am Platze sei. Sie sei über das Timing entsetzt und frage, welcher fachliche Rat der entsprechenden Entscheidung der Landesregierung zugrunde liege. - Abg. Heinemann pflichtet ihr bei. - Minister Dr. Garg meint, er verstehe den Unmut. Er stimme Abg. Pauls insofern zu, dass es in der Tat sehr unglücklich gewesen sei, dass ein Teil der Presse unzutreffend über die Verschärfung vom heutigen Tage berichtet habe. Gleichzeitig müsse er aber auch entgegenen, dass die Landesregierung nicht für die Presseberichterstattung verantwortlich sei, zudem es auch einige Medien gegeben habe, die zutreffend berichtet hätten. Er wolle wiederholen, dass es sich keinesfalls um eine Lockerung handele und Schleswig-Holstein an den sehr restriktiven Maßnahmen festhalte.

Abg. Dr. Bohn erinnert daran, dass die Debatte zu Lockerungen auf einen entsprechenden Facebook-Post eines SPD-Politikers zurückgehe. - Abg. Pauls entgegnet, die SPD habe mitnichten einen sofortigen Exit gefordert, sondern eine sorgsam vorbereitete Strategie statt eines Schnellschusses in der Woche vor Ostern. - Minister Dr. Garg meint, es habe keinesfalls einen Schnellschuss gegeben, wie er bereits ausführlich dargestellt habe.

Abg. Pauls regt an, positiv getestetes Klinikpersonal zentral zu registrieren, um den Zusammenhang von fehlender PSA und Infektionsquote zu beleuchten. - Minister Dr. Garg sichert zu, diese Anregung an Gesundheitsämter wie Krankenversicherungen weiterzugeben.

Abg. Rathje-Hoffmann und Abg. Pauls thematisieren die schwierige Lage der Physiotherapeuten. Diesen stünden kaum PSA zur Verfügung, so Abg. Rathje-Hoffmann, und sie profitierten nicht von den Regelungen der finanziellen Schutzschirme, so Abg. Pauls. - Minister Dr. Garg antwortet zur PSA, dass sich, wenn die derzeitigen Zusicherungen eingehalten würden, auch hier die Situation in ungefähr 14 Tagen entspannen müsste. Seiner Auffassung nach seien auch die Physiotherapeuten berechtigt, die Einmalzahlung des Landes zu beantragen und zu erhalten.

Abg. Dr. Bohn berichtet von Problemen bei der Entlassung aus psychiatrischen Kliniken, da bei den Einrichtungen der Wiedereingliederungshilfe die vorgeschriebene 14-tägige Quarantäne nicht realisiert werden könne. - Minister Dr. Garg antwortet, die Quarantäne könne auch bei den Einrichtungen der Wiedereingliederungshilfe durchgeführt werden, sofern dort die dafür räumlichen und personellen Möglichkeiten gegeben seien.

Abg. Pauls berichtet, auch die Pflegeeinrichtungen seien personell wie räumlich bei der Organisation der erforderlichen Quarantäne bei Neuaufnahmen überfordert. - Minister Dr. Garg unterstreicht, es sei im Interesse des Landes, dass die entsprechenden Einrichtungen neue Bewohnerinnen und Bewohner aufnehmen könnten, nicht zuletzt, um durch entsprechende Abverlegungen die Krankenhäuser entlasten zu können. Das Land verfolge die Strategie, einerseits Verträge mit Einrichtungen der Kurzzeitpflege zu ermöglichen und andererseits die Möglichkeit der Quarantäne in Ausweicheinrichtungen wie Reha-Kliniken, sofern diese nicht als Entlastungskrankenhäuser ausgewiesen seien, zu schaffen.

Abg. Dr. Bohn fragt nach der voraussichtlichen Entwicklung der Patientenzahlen wie der zur Verfügung stehenden Intensivbetten und Beatmungsplätze. - Minister Dr. Garg berichtet, es habe in den vergangenen Wochen dankenswerterweise einen beachtlichen Aufwuchs der Beatmungskapazitäten gegeben. Allein in der vergangenen Woche seien über 90 Plätze geschaffen worden, was auch an die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) gemeldet worden sei und auf deren Internetseite ([divi.de](http://divi.de)) einzusehen sei. Hinzu komme die Zurücknahme selektiver Aufnahmen. In Bayern und Baden-Württemberg als besonders betroffenen Ländern habe es bereits Abverlegungen aus besonders betroffenen Kreisen in andere Kreise gegeben. Selbstverständlich werde Schleswig-Holstein, falls die Kapazitäten in anderen Bundesländern insgesamt nicht mehr genügten, Patienten übernehmen. Insgesamt könne festgestellt werden, dass die gewählte Strategie richtig gewesen sei, da die

Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein wie in Deutschland insgesamt aufrechterhalten werden könne.

Abg. Heinemann fragt zum Fonds zur Abdeckung sozialer Härten und der Abdeckung der Kosten für die Eingliederungshilfe. - Staatssekretär Dr. Badenhop berichtet, der Fonds und die Wiedereingliederungshilfe seien zunächst unabhängig voneinander zu betrachten. Der Fonds zur Abdeckung sozialer Härten werde den Kreisen und kreisfreien Städte zur Verfügung stehen. Wesentliche Eckpfeiler seien dabei die Unterstützung der Obdachlosenhilfe und der Tafeln. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Situation in verschiedenen Teilen des Landes sei es wichtig, den Kreisen und kreisfreien Städten bei der genauen Verteilung der Mittel einen großen Freiheitsgrad einzuräumen. Die Förderrichtlinie sei derzeit in Abstimmung und werde schnell verabschiedet, um die Geldmittel schnell auszahlen zu können. - Abg. Kalinka regt hierzu an, die entsprechenden Mittel nicht nur an Kreise und kreisfreie Städte, sondern auch direkt an entsprechende Träger wie die Obdachlosenhilfen und Tafeln, die überregional agierten, auszuschütten. - Staatssekretär Dr. Badenhop sichert zu, diese Anregung zu prüfen.

Abg. Heinemann regt an, zu prüfen, den durch die Besuchsverbote vereinsamten Menschen in Heimen entsprechende digitale Endgeräte zur Videotelefonie mit ihren Angehörigen zur Verfügung zu stellen. - Minister Dr. Garg meint, hierfür seien zwar zunächst die Angehörigen zuständig, jedoch nehme er die Anregung gerne mit.

Zu folgenden Fragen sichert Minister Dr. Garg eine schriftliche Beantwortung zu:

- Zunächst fragt Abg. Pauls, ob es im Betreuten Wohnen lebenden Seniorinnen und Senioren noch möglich sei, am Mittagstisch einer Alten- und Pflegeeinrichtung in räumlicher Nähe zu ihrer Unterkunft teilzunehmen, wie es im Land bislang vielfach möglich gewesen sei.
- Abg. Touré fragt nach der Situation von Kindern und Jugendlichen, die von sexueller Gewalt betroffen seien. Wichtige Themen seien hier die Schaffung von Telefon- und Onlineangeboten zur Beratung, der Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Beratungsstellen, das Schaffen von Ausweichräumen für betroffene Jugendliche sowie ein Krisenstab auf Bundesebene.

- Abg. Meyer fragt, ob die berufsbildenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit eingestellt worden seien.
- Abg. Baasch bittet die Landesregierung darum, den Ausschuss in einer Zusammenstellung zu informieren, welche Fonds in welcher Höhe mit welcher Förderrichtlinie aufgelegt worden seien und wie die ausgeschütteten Gelder auf die Kreise und kreisfreien Städte beziehungsweise auf weitere Empfänger verteilt seien. Ebenso sei es wichtig zu erfahren, an wen die zugesicherten 1.500 € Unterstützungsleistung für Pflegekräfte ausgezahlt würden.

## **2. Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, dankt Minister Dr. Garg und Staatssekretär Dr. Badenhop für die Beantwortung der Fragen und schließt die Sitzung um 19:07 Uhr.

gez. Werner Kalinka  
Vorsitzender

gez. i. V. Dr. Sebastian Galka  
Geschäfts- und Protokollführer